

Der deutsche OSZE-Vorsitz 2016 Ministerratstreffen in Hamburg am 7./8. Dezember



Bei der Präsentation des Projektberichts „European Security – Challenges at the Societal Level“
V.l.n.r.: Philip Remler, Oleksiy Semeni, Barbara Kunz, Fred Tanner, Wolfgang Zellner, Gernot Erler (Foto: NMD)

Mit dem Ministerratstreffen am 7./8. Dezember ging der deutsche OSZE-Vorsitz 2016 zu Ende. Dabei wäre es zu kurz gegriffen, den Erfolg des Vorsitzes an den zehn Beschlüssen des Ministerratstreffens zu messen. Vielmehr geht es darum, was der Vorsitz das ganze Jahr über beim Krisenmanagement, bei der Setzung neuer Themen, der Stärkung der OSZE und bei der Initiierung von Dialogen in einem sich weiter verschlechternden politischen Bedingungssumfeld erreicht hat.

Krisen von der Ukraine bis Berg-Karabach bewältigen

Ungeachtet von vier Gipfel- und 13 Außenministertreffen im Normandie-Format (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) ist es bisher nicht gelungen, die Regelungen der Minsker Abkommen, Waffenstillstand und politische Schritte, umzusetzen. Aber die große Sorge, dass von Russland unterstützte Separatisten die Großstadt Mariupol erobern und nach Transnistrien durchstoßen könnten, ist nicht mehr aktuell. Zu dieser relativen Stabilisierung der Lage hat die Besondere Beobachtungsmission der OSZE wesentlich beigetragen, die zudem die einzige Quelle verlässlicher Information darstellt.

In Moldau konnten nach längerer Unterbrechung die offiziellen Verhandlungen im 5+2-Format (Moldau, Transnistrien, Ukraine, Russland OSZE, plus EU und USA) wieder aufgenommen werden. Gleichzeitig gelang es, Transnistrien in das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Moldau einzubinden. Der Ministerrat verabschiedete eine Erklärung zu Transnistrien.

Bei den Genfer Internationalen Diskussionen, an denen Vertreter aus Tiflis, Suchumi, Zchinwali, Moskau und Washington unter dem Vorsitz der VN, der EU und der OSZE teilnehmen, wird kaum über die Lösung der Konflikte, aber über sicherheitsrelevante Einzelthemen gesprochen. Auf örtlicher Ebene lösen die *Incidents Prevention and Response Mechanisms (IPRM)* konkrete Probleme den Zugang zu Feldern. Dabei gelang es 2016, den jahrelang blockierten IPRM für Abchasien wieder zu aktivieren.

Im Falle von Berg-Karabach, wo im April schwere Kämpfe ausgebrochen waren, konnte die OSZE allenfalls dämpfend wirken. Vom deutschen OSZE-Vorsitz eingebrachte Vorschläge zur Stärkung der Krisenreaktionsfähigkeit sind noch nicht angenommen worden.

Neue Themen setzen

Dem deutschen Vorsitz gelang es, zwei Themen zu setzen bzw. höher zu platzieren. Wirtschaftliche Konnektivität als Voraussetzung politischer Stabilität hatte bereits der Schweizer Vorsitz 2014 eingeführt. Mit einer großen Konferenz – 1.000 Teilnehmer/-innen, eine chinesische Delegation – gelang es dem deutschen Vorsitz, das Thema aufzuwerten. Dies schlug sich in einem Beschluss des Hamburger Ministerratstreffens nieder.

Das andere Thema betrifft eine traditionelle deutsche Schwerpunktsetzung, nämlich konventionelle Rüstungskontrolle, von Außenminister Steinmeier im September 2016 prominent auf die Tagesordnung gesetzt. Umso erfreulicher war, dass sich der Hamburger OSZE-Ministerrat auf den Beschluss „Von Lissabon nach Hamburg. Erklärung zum 20. Jahrestag des OSZE-Rahmens für Rüstungskontrolle“ einigen konnte.

Die Organisation stärken, neue Dialogebenen erschließen

Schon Ende 2016 war dem deutschen Vorsitz etwas gelungen, was in der OSZE keine Selbstverständlichkeit ist, nämlich den Haushalt fristgerecht zu verabschieden. Zudem enthält dieser einige zusätzliche Stellen für die Konfliktbearbeitung. Ein weiter gehender Beschlussvorschlag fand leider keinen Konsens. Dialoge wurden zum einen geführt über nahezu alle OSZE-Fragen von Militärdoktrinen bis Antisemitismus. Zum anderen versuchte der deutsche Vorsitz, die „Chefs“ besser miteinander ins Gespräch zu bringen. Dem dienten das Informelle Außenministertreffen am 1. September in Potsdam und das Essen der Außenminister am 8. Dezember in Hamburg.



Fazit und Ausblick

Obwohl die Zeiten nicht danach sind, steht die OSZE am Ende des Jahres 2016 besser da als am Anfang. Dies erreicht zu haben, stellt unter den gegebenen höchst schwierigen Bedingungen einen Erfolg dar. Wichtig war, dass Deutschland mit der Übernahme des Vorsitzes

gezeigt hat, dass es der OSZE Bedeutung beimisst und bereit ist, dafür politisches Kapital zu investieren. Das hat eine Reihe anderer Staaten ermutigt. 2017 führt Österreich den OSZE-Vorsitz, gefolgt von Italien 2018 und der Slowakei 2019.

Kontakt: Wolfgang Zellner

zellner@ifsb.de

Das OSZE-Netzwerk auf dem Ministerratstreffen

Dank der Unterstützung des Auswärtigen Amtes hatte das OSZE-Netzwerk die Möglichkeit, rund 20 Mitglieder nach Hamburg einzuladen, die an den beiden Netzwerk-Projekten zu European Security und Protracted Conflicts mitgearbeitet hatten.

Der Projektbericht „European Security – Challenges at the Societal Level“ wurde von Wolfgang Zellner (IFSH), Oleksiy Semeni (Institute for Global Transformations, Kiev),

Barbara Kunz (Institut Français des Relations Internationales) und Philip Remler (Carnegie Endowment) in der sogenannten „Mixed Zone“ des Ministerratstreffens vorgestellt, moderiert von Botschafter Fred Tanner, Senior Adviser des OSZE-Generalsekretärs. Gernot Erler, der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für den deut-



Teilnehmende Mitglieder des OSZE-Netzwerkes (Foto: NMD)

schon OSZE-Vorsitz, hob in seinem Kommentar hervor, dass der Bericht auf rund 15 nationalen Sicherheitsnarrativen basiere. Das Projekt war von den Außenministerien Finnlands, Österreichs und der Schweiz sowie vom Auswärtigen Amt unterstützt worden.

Der Bericht des vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts „Protracted Conflicts in the OSCE Area. Innovative Approaches for Cooperation in the Conflict Zones“ wurde vom

Hauptautor Philip Remler mit Nino Kemoklidze (Universität Birmingham), Tanja Tamminen (Institut für Ost- und Südosteuropastudien, Regensburg) und Hans-Joachim Schmidt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) in den Räumen des IFSH vorgestellt, Wolfgang Zellner moderierte.

Nachwuchsförderung auf dem Gebiet nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle Erstes Treffen der N.EX.T.-Fellows in Berlin

Vom 20.-22. November 2016 trafen sich erstmals die N.EX.T.-Fellows (Nuclear Expert Talks) in Berlin zu einer zweitägigen Diskussion über die Zukunft nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das N.EX.T.-Projekt wird vom IFSH in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) durchgeführt und von Ulrich Kühn geleitet. Ziel des Projekts ist es, vor allem Nachwuchswissenschaftler/-innen aus Russland, Zentral- und Westeuropa sowie den USA zusammenzubringen und ihre Ideen für neue Ansätze in der Nuklearwaffenpolitik einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Im Zentrum der Diskussionen standen somit der für 2017 vorgesehene Nuklearwaffenverbotsvertrag, die Re-Nuklearisierung Europas, die bessere Einbindung der Zivilgesellschaft, die normative und ökonomische Einbettung der Abrüstungsdiskussion und die Zukunft des bilateralen amerikanisch-russischen Abschreckungsverhältnisses.

Für das Treffen in Berlin hatten die 15 N.EX.T.-Fellows – darunter elf Wissenschaftler/-innen – gemeinsam jeweils fünf Arbeitspapiere erstellt, um die Grundlage der Diskussion in Berlin bereits im Vorfeld breiter zu gestalten. Dieser Prozess erwies sich in seiner Durchführung



Die Teilnehmer/-innen des ersten Treffens der N.EX.T.-Fellows in Berlin

durchaus als schwierig, führte aber zu einem deutlich gehobenen Verständnis der unterschiedlichen politischen Positionen bei dem Treffen und zu einer konstruktiveren Arbeitsatmosphäre. An den Abenden blieben die N.EX.T.-Fellows bei gemeinsamen Arbeitsessen, zu denen auch externe Expert/-innen aus Berlin eingeladen waren, zusammen.

Nachdem sich die Fellows momentan der Überarbeitung ihrer Papiere widmen, werden diese voraussichtlich im Februar 2017 in einer Buchpublikation der hbs veröffentlicht.

Dann soll auch das vermehrte Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden. Dazu sind mehrere öffentlich zugängliche Veranstaltungen geplant, u.a. in Berlin, Washington und Moskau. Zusätzliche Termine für Veranstaltungen in Brüssel und Wien sind avisiert. Damit schließt dann das N.EX.T.-Projekt zunächst sein erstes Arbeitsjahr und entlässt die erste Generation von N.EX.T.-Fellows. Für die kommenden Jahre hoffen das IFSH und die hbs auf eine erneute und vertiefte Zusammenarbeit bei der Förderung junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auf dem Gebiet nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Kontakt: Ulrich Kühn

kuebn@ifsb.de



Machtteilung in Nachkriegs- und Krisengesellschaften

GIGA und IFSH beteiligen sich am „PeaceLab 2016“

Unter Federführung des Auswärtigen Amtes arbeitet die Bundesregierung an neuen Leitlinien zur zivilen Krisenprävention und Friedensförderung. In diesem Rahmen wurden auch eine Reihe von Veranstaltungen mit Verbänden, Nicht-Regierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen als „PeaceLab 2016“ durchgeführt. GIGA und IFSH trugen am 16. November 2016 mit einem Workshop zum Leitlinienprozess „Krisenprävention weiterdenken“ bei. Die Veranstaltung hatte das Thema „Machtteilung in Nachkriegs- und –krisengesellschaften“. Expert/-innen aus den beiden Häusern brachten dabei neue Forschungserkenntnisse, Analysen und Erfahrungen zur Gestaltung politischer Verfahren und Institutionen für das Erreichen und Gewährleisten eines dauerhaften Friedens ein. Besonders in ethnisch oder anderweitig gesellschaftlich gespaltenen Gesellschaften hat es oft zentrale Bedeutung für die Zukunft des Friedens, wie Verfassungsordnungen, Wahlen und Parlamente ebenso wie Kompetenzverteilungen zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen oder Regeln der politischen Willensbildung organisiert sind. Die internationale Gemeinschaft bemüht sich deshalb regelmäßig darum nachhaltig friedensfördernde politische Institutionen zu schaffen. Grundlage dafür sind häufig Varianten europäischer Modelle demokratischer Willensbildung sowie europäische Erfahrungen mit funktionaler und territorialer Machtteilung. Allerdings sind die Erfahrungen mit diesen Mechanismen gemischt. Die Veranstaltung diente der Klärung der Bedingungen unter denen unterschiedliche institutionelle Arrangements die besten Aussichten auf dauerhaften Frieden bieten.



Beim GIGA-IFSH PeaceLab Workshop, v.l.n.r.: Christian von Soest, Christian Jetzelsperger, Naida Mehmedbegović Dreilich, Michael Brzoska, Esther Somfalvy, Julia Strasheim, Sabine Kurtenbach (Foto: GIGA)

Aus dem IFSH berichteten dazu Naida Mehmedbegović Dreilich zu Bosnien und Herzegowina und Esther Somfalvy zu Kirgisistan, aus dem GIGA Sabine Kurtenbach zu Kolumbien und Julia Strasheim zu Nepal. In die Veranstaltung führte Christian Jetzelsperger ein, der im Auswärtigen Amt für den Leitlinienprozess zuständig ist. Sabine Kurtenbach referierte zu grundlegenden Erkenntnissen aus der jüngeren Forschung zum Thema. Der Workshop wurde von Christian von Soest vom GIGA und Michael Brzoska vom IFSH organisiert. Die Publikation der neuen Leitlinien ist für das Frühjahr 2016 vorgesehen.

Kontakt: Michael Brzoska

Naida Mehmedbegović Dreilich

Esther Somfalvy

brzoska@ifsb.de

naida.m@ifsb.de

somfalvy@ifsb.de

Verbesserte Migrationspolitik und Grenzkontrollen

Konferenz im Europäischen Parlament

Am 15. November 2016 luden die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) gemeinsam mit Parlamentsmitgliedern der Länder Bulgarien, Finnland, Dänemark, Polen und Deutschland zu einer Konferenz ins Europäische Parlament (EP) in Brüssel ein. Es kamen zahlreiche Regierungsvertreter/-innen und Experten/-innen zusammen, um zu dem Thema verbesserte Migrationspolitik und Grenzkontrollen in Austausch zu treten.

In ihrem Vortrag zum Thema „Australian maritime border protection“ betonte Patricia Schneider (IFSH), dass die australische Methode, obwohl von der australischen Regierung als Erfolg bewertet, kein brauchbares Modell für die Europäische Union wäre. Sie argumentierte unter anderem, dass sich nicht nur die geografische Lage Australiens stark von der der EU unterscheidet und sehr viel weniger Migrant/-innen auf dem Seeweg in Australien eintreffen. Auch wäre dies aus Kostengründen in Europa nicht anwendbar, da die Ausgaben Australiens für diese Migrant/-innen unverhältnismäßig hoch waren. Des Weiteren könne Australien nur deshalb ihre vor allem auf Abschreckung setzende „Pazifische Lösung“ verfolgen, weil es im Gegensatz zur EU keine gerichtliche Berufungsinstanz und weitere institutionalisierte Regulierungen gibt, die in Europa Schutzmaßnahmen für Migrant/-innen



gewährleisten. Die „Pazifische Lösung“ verfolgt das Ziel, allen Migrant/-innen, die über den Seeweg nach Australien gelangen, den Zugang zu Asyl in Australien zu verwehren und sie stattdessen auf die Insel Nauru oder nach Papua Neuguinea (PNG) zu bringen. Der oberste Gerichtshof in PNG beschloss aber bereits im April 2016, dass das Internierungslager für Asylsuchende auf der Insel Manus das Recht auf persönliche Freiheit einschränkt und gegen die Verfassung verstößt, weshalb für Betroffene eine neue Lösung gefunden werden muss. Die Praxis der Externalisierung und die Situation in den Lagern stehen insgesamt stark in der Kritik.

Schneider betonte außerdem, dass der öffentliche Diskurs in der EU ein ganz anderer ist als in Australien, sodass nicht davon ausgegangen werden kann, eine ähnlich starke gesellschaftliche Unterstützung für derartige Lösungsansätze generieren zu können. In Australien ist die Wahrnehmung verbreitet, dass Migrant/-innen, die über den Seeweg einreisen wollen, auf unfaire Art und Weise versuchen, ein humanitäres Visum zu erlangen. Allerdings nimmt Australien ohnehin nur eine festgelegte Zahl von Geflüchteten pro Jahr auf, unabhängig davon, wie viele Migrant/-innen versuchen, Australien auf dem Seeweg zu erreichen.

Kontakt: Patricia Schneider

schneider@ifsb.de



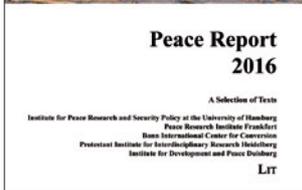
PUBLIKATIONEN

Friedensgutachten 2016 in Brüssel



Vorstellung des Friedensgutachtens in Brüssel
V.l.n.r. Christiane Höhn, Rebecca Harms, Katrin Hatzinger, Renke Brahms, Stephan Hensell

Am 11. Oktober 2016 ging das Friedensgutachten, wie jedes Jahr seit 2008, nach Brüssel. In Zusammenarbeit mit den Herausgebern der kooperierenden Institute IFSH, HSKF, BICC, FEST und INEF hatten die Brüsseler Vertretung der EKD und die Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel zur Vorstellung in den Räumen der EKD vis à vis dem Gebäude der Europäischen Kommission in der Rue Belliard eingeladen. Die Veranstaltung stand unter der Leitfrage "Can Europe make Peace without Weapons?" Margret Johannsen (IFSH, koordinierende Herausgeberin des Friedensgutachtens 2016) führte in das Jahrbuch, seine Geschichte und seine Adressaten, Themen und Empfehlungen ein. Eine Empfehlung aus dem Vorjahr – Hamas von der Terrorliste streichen, weil ohne Kontakte Einflussnahme schwerlich möglich ist – leitete zum ersten Panel über: Moderiert von Katrin Hatzinger (Direktorin des EKD Büros Brüssel), diskutierten im Panel „The war on terror – can Jihadism be beaten militarily?“ Stephan Hensell (Universität Hamburg, mit Martin Kahl Autor des Aufsatzes „Ohne Weitsicht: der Krieg gegen den ‚Islamischen Staat‘“), Christiane Höhn (Beraterin des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung), MEP Rebecca Harms (Fraktionsvorsitzende der Grünen/Europäische Freie Allianz) und Renke Brahms (Friedensbeauftragter der EKD). Moderiert von Uwe Optenhögel (Direktor der FES Brüssel) nahmen im zweiten Panel „Opera-



P E R S O N A L I A

tion Peace – civil conflict prevention in the EU's new foreign and security policy“ Corinna Hauswedell (FEST, Mitherausgeberin des Friedensgutachtens 2016), Rene van Nes (Europäischer Auswärtiger Dienst), MEP Ana Gomes (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten) und Steven Blockmans (Centre for European Policy Studies, CEPS) die neue „Global Strategy“ der EU unter die Lupe.

Zur Brüsseler Präsentation lag die englischsprachige Kurzausgabe „Peace Report 2016. A Selection of Texts“ vor. Ermöglicht hat dies die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die ihre Förderung des Friedensgutachtens auch in diesem Jahr großzügig fortsetzt.

Margret Johannsen/Bruno Schoch/Max M. Mutschler/Corinna Hauswedell/Jochen Hippeler (Hrsg.), Peace Report 2016. A Selection of Texts, Wien 2016. ISBN 978-3-643-90794-3. Die Übersetzungen sind auch unter www.friedensgutachten.de zugänglich.

Auf 106 Seiten enthält 'Peace Report 2016. A Selection of Texts' eine Auswahl von Texten der deutschsprachigen Ausgabe: neben dem Vorwort die vollständige Stellungnahme der Herausgeber/-innen, fünf Aufsätze und die Zusammenfassungen aller 17 Beiträge. Die ausgewählten Aufsätze sind den beiden Abschnitten „Fluchtursachen in den Fokus: Verantwortung übernehmen“ und „Auf dem Weg zu einer neuen Machtpolitik“ entnommen. Wo es erforderlich war, sind die später erschienenen englischen Fassungen aktualisiert worden. Stark überarbeitet ist der Türkei-Aufsatz von Tannas Michel und Günter Seufert – zwischen der deutschen und der englischen Ausgabe liegt der Putschversuch vom 15. Juli 2016. Wie stark sie divergieren lässt sich bereits den beiden Aufsatztiteln entnehmen: „Das Streben der Türkei nach Hegemonie im Nahen Osten“ bzw. „Turkey's failed pursuit of hegemony in the Middle East: Three periods of Turkey's 'independent' foreign policy“. Das ist das Schicksal von Jahrbüchern. Der Ehrgeiz der Herausgeber/-innen ist es, jedes Mal wieder ein Gutachten zu machen, wie sie es sich wünschen: informativ, kritisch, aktuell. Die englische Ausgabe erscheint in diesem Jahr zum fünften Mal. Sie richtet sich zu allererst an friedenspolitisch interessierte Leser und Leserinnen in der europäischen Hauptstadt, zielt aber ebenso auf neue Leserkreise im angelsächsischen Raum und verfolgt auch den Zweck, neue institutionelle Kooperationen über den deutschsprachigen Raum hinaus anzustoßen oder weiterzuentwickeln.

Kontakt: Margret Johannsen johannsen@ifsb.de

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 3/2016: Bedrohungswahrnehmung und sicherheitspolitische Konzepte im Vergleich

Sicherheitspolitische Konzepte und Doktrinen stellen in der Regel die Grundlage für sicherheitspolitisches, militärpolitisches und militärstrategisches Handeln eines Staates oder einer Sicherheitsorganisation dar, dessen wesentlicher Bestandteil dieser Grundsatzdokumente die Risiko-, Gefahren- und Bedrohungseinschätzung ist. Zu diesem Schwerpunkt hat Walter Feichtinger diese Ausgabe herausgegeben.

Sybille Reinke de Buitrago zeigt in ihrem Beitrag über die USA, wie Perzeptionen und Konstruktionen von Gefahren zusammenwirken und wie maßgeblich sicherheitspolitische Diskurse und die Vorstellung von der eigenen Identität darauf einwirken. Janis Bérzinš analysiert in seinem Artikel die Rolle Russlands im Kontext der Bedrohungen durch den Westen, allen voran USA und NATO, und der subversiven westlichen Kriegführung,

die Russland zu neuem Handeln und der Anpassung seines strategischen Konzepts drängt. In seinem Artikel über China erörtert Peter Buchas, wie sich der Wandel von Pekings Gesamtstrategie vom „harmonischen Miteinander“ zum „Chinesischen Traum“ in sicherheits- und verteidigungspolitischen Wahrnehmungen und Aktivitäten niederschlägt. Erico Duarte befasst sich in seinem Beitrag mit den Sicherheitsbemühungen und der sicherheitspolitischen Wahrnehmung Brasiliens. Abel Esterhuyse beschäftigt sich mit dem Akteur Südafrika und erörtert den signifikanten Wandel im Sicherheitsdenken von einer traditionell orientierten Bedrohungswahrnehmung zu einer, die auf menschlicher Sicherheit ausgerichtet ist. Simon Koschut stellt in seinem Beitrag fest, dass in Deutschland seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein umfassendes und präventives Sicherheitsverständnis vorherrscht, das eine diffuse Bedrohungswahrnehmung, einen normorientierten Multilateralismus und eine restriktive Haltung gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt beinhaltet. Gunther Hauser vergleicht die EU-Sicherheitsstrategie aus 2003 sowie die Ende Juni 2016 verkündete „Europäische Globale Strategie“, die festhält, wie sehr sich die Sicherheitslage in und um Europa verschlechtert hat.

Außerhalb des Themenschwerpunkts befasst sich Gerhard Beestermöller mit Grund und Grenzen einer Kooperation mit Staaten zweifelhafter Legitimität aus ethischer Perspektive. Des Weiteren untersucht Annegret Bendiek Anforderungen an eine neue deutsche Cyber-Sicherheitsstrategie.

Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsb.de

P E R S O N A L I A

Herr **Puredagva Lkhagvabaatar** nimmt vom Oktober 2017 bis Februar 2017 am „Internationalen Fellowship-Programm Graf Baudissin“ teil. Er ist Angehöriger der mongolischen Streitkräfte im Dienstgrad eines Oberstleutnants. Er studierte von 2006 bis 2012 an der Universität der Bundeswehr in München Staats- und Sozialwissenschaften. Nach verschiedenen Führungverwendungen ist er vom mongolischen Generalstab, in dem er Referent für die EU und Russland ist, für die Dauer des Programms zu vertiefenden Studienzwecken an das IFSH abkommandiert.

Kontakt: P. Lkhagvabaatar deel6931@gmail.com

Seit November 2016 arbeitet

Lina-Marieke Hilgert

als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei IFAR² am IFSH

und ist hauptsächlich als

Koordinatorin für das Projekt

„Challenges to Deep Cuts“ tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Rüstungskontrolle,

Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie der regionalen und strategischen Stabilität. Den Masterstudiengang

„Peace and Security Studies“ absolvierte sie mit einer Abschlussarbeit über Rüstungsdynamiken und strategische Stabilität in Ostasien. Zuvor studierte sie Ethnologie, Psychologie, Japanologie sowie International Studies in Hamburg und Thessaloniki, Griechenland. Zudem schloss sie eine Ausbildung als Mediatorin ab und entwickelte als eigenständige Projektleiterin in Norddeutschland und Brüssel unter anderem eine prospektive Krisenanalyse und -evaluation für die Länder des EMEA-Wirtschaftsraums.

Kontakt: Lina-Marieke Hilgert hilgert@ifsb.de



IFSH aktuell

Ausgabe 117

November - Dezember

2016

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg

Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15

E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>